

019.0

3003 Bern, 12. Januar 1976

- Eidg. Finanzverwaltung  
Bernhof

3003 B e r n

- Eidg. Amt für  
Strassen- und Flussbau

3003 B e r n

Wintersichere Verbindung Unterengadin/Prättigau

Sehr geehrte Herren,

mit Schreiben vom 23. Juni 1975 unterbreitete der Regierungsrat des Kantons Graubünden dem Bundesrat das Begehren um Gewährung eines Bundesbeitrages an die Rhätische Bahn für den Bau einer neuen Eisenbahnverbindung Klosters-Lavin. Diese Linie ist als Alternative zum wintersicheren Ausbau der Flüelapass-Strasse gedacht.

In der Beilage erhalten Sie unsern Entwurf zum Bericht an den Bundesrat und zu einer Antwort an den Regierungsrat des Kantons Graubünden zur Stellungnahme.

Wir sind uns bewusst, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt die Gewährung des nachgesuchten Kredites nicht in Frage kommen kann. Einmal fehlt dazu das notwendige Geld und zudem ist das ganze Problem noch viel zu wenig abgeklärt.

Dagegen vertreten wir die Auffassung, dass die für einen Entscheid notwendigen Unterlagen jetzt beschafft werden sollten. Diese sind für eine abschliessende Beurteilung des Geschäfts durch den Bundesrat, eventuell sogar durch das Parlament, notwendig. Es wird kaum angehen, den Bündnern einfach sagen zu wollen, wir hätten für ein solches Projekt kein Geld.

Wie Sie wissen, sind viele Projektierungs- und Planungsbüros stark unterbeschäftigt und müssen Personal entlassen. Nachdem die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für oder gegen eine Vereinalinie so oder anders erarbeitet werden müssen, erachten wir diese Studien als eine ausgezeichnete Gelegenheit, verschiedene Planungsbüros sinnvoll zu beschäftigen. Wir haben dem Delegierten für Konjunkturfragen im Einverständnis mit dem Vorsteher des EVED den notwendigen Kredit für die Aufnahme in die Botschaft für weitere Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung angemeldet.

Wir bitten Sie deshalb, zu unsern Entwürfen bis zum 23. Januar 1976 Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
EIDG. AMT FUER VERKEHR  
Der Direktor

(Trachsel)

Beilagen

- Entwurf zum Bericht an den Bundesrat
- Entwurf zur Antwort an den Kanton Graubünden